

Arbeitskreis Sicherheitspolitik in der SPD Berlin



25.05.2017

Gesprächsabend mit Jörn Thießen

„Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in Uniform – gibt es die noch?“

Montag, 8. Mai 2017,
SPD-Bürgerbüro, Goethestr. 15, 10585 Berlin

Bericht: Dr. Dierk Spreen

Der Arbeitskreis bat den ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Jörn Thiessen um einen Beitrag zur aktuellen Debatte um Innere Führung. Jörn Thießen war für die SPD Mitglied im Verteidigungsausschuss des Bundestages. Derzeit ist er Direktor an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Die Veranstaltung gewann durch den Fall des rechtsextremen und terrorverdächtigen Offiziers Franco A. besondere Aktualität.

Folgende Punkte waren für den Input und die Diskussion maßgebend:

1. Monstranz »Innere Führung«: Die Innere Führung ist zwar ein konstitutiver Begriff, aber er wird gerne wie eine Monstranz vor sich hergetragen. Faktisch gibt es sehr viele verschiedene Vorstellungen, was darunter und unter der Bürgerschaftlichkeit von Soldatinnen und Soldaten zu verstehen ist.
2. Besonderheit des Soldatenberufs: Wie man es auch wenden möchte, der Beruf des Soldaten beinhaltet notwendigerweise die Bereitschaft zur Androhung und Anwendung tödlicher Distanzgewalt. Und zwar deshalb, damit andere es nicht machen müssen (professionelle Armee). Es handelt sich damit um einen gewalthaltigen Beruf, der so auf eine bestimmte Klientel anziehend wirkt. Damit muss man sich auseinandersetzen.
3. Kontrolle: Die Bundeswehr ist immer eine Parlamentsarmee, auch im Einsatz, auch im Auslandsbetrieb. Das wird gerne mal vergessen.
4. Gesellschaft und ihre Soldaten: Der Abbau, das Aussetzen der Wehrpflicht und das Verschwinden aus der Fläche führen zu Irritationen im zivil-militärischen Verhältnis. Der Fokus der Medienberichterstattung liegt auf den Auslandseinsätzen. Es gibt keine einzige aktuelle Serie im Fernsehen, die die Bundeswehr zum Thema macht (kleine Anmerkung: „Die Rettungsflieger“ wird immer noch gezeigt). Daher der Erfolg der der YouTube-Produktion „Die Rekruten“. Das heißt: Soldaten und soldatische Erfahrung erscheinen nicht. Die permanente und gesellschaftsweite Auseinandersetzung mit dem Thema, die durch die Wehrpflicht in jede Familie hineingetragen wurde, gibt es nicht mehr. Die Zivilgesellschaft versteht sich als Kunde der Bundeswehr, die Aufgaben delegiert und sich weiter nicht damit befassen muss (eine übrigens mit Niklas Luhmann voraussehbare Entwicklung: Inklusion von Leistungsrollen statt Integration in eine gemeinsame Sozialwelt).
5. Selbstverständnis: Dies alles ist der Rahmen für eine sehr intensive Diskussion zum Selbstverständnis der Soldatinnen und Soldaten. Hier

VORSTAND

Lucas Koppehl (Sprecher)
Simone Peuten (Sprecherin)
Björn Hawlitschka
(Geschäftsführer)
Beisitzer:
Fritz Felgentreu MdB
Mathias Kunz
Yvonne Mockenhaupt
Dierk Spreen
Michael Summerer
Oliver Teige

KONTAKT

Mail: ak-sipo@spd.berlin
Web:
www.spd.berlin/AK_Sicherheitspolitik

FACEBOOK

www.facebook.com/aksipo

tauchen schnell Begriffe wie »Soldatentum« oder die Rede von »Gewalt als konstitutivem Moment von Staatlichkeit« auf. Im Rahmen solcher Diskurse droht auch innerhalb der Bundeswehr eine Abspaltung von der Gesellschaft. Dem muss entgegengewirkt werden, indem man die Auseinandersetzung und den Diskurs sucht. Gewalt ist weder das konstitutive Moment von Staatlichkeit noch das der Bundeswehr, sondern vielmehr die Unterdrückung der Gewalt mittels ihrer Monopolisierung (innerer und äußerer Frieden, Ordnung, Gewaltbewältigung). Das ist ein Unterschied ums Ganze!

6. Haltung: Von den Vorgesetzten ist schon im Tagesbetrieb Haltung gefragt. Erziehung und Prägung sind nicht nur fakultativ anzubieten, sondern auch auszuüben. Führung muss selbst auf der untersten Ebene schon so funktionieren wie auf den oberen oder wie an der Führungsakademie der Bundeswehr, d.h. der Diskurs, die Debatte muss stattfinden. Häufig aber fällt der Unterricht zur Politischen Bildung aus. »Säuberungen« ergäben zudem das Bild, dass die »Politik weg von uns« sei. Das führt zu Unsicherheiten im Bw-Alltag und verstärkt Abschottungen. Mit einem generalisierten Misstrauensvorwurf, verhindert man Diskurs. Aber genau um den geht es: aussprechen, bewerten, folgern.

Als Resümee kann man festhalten, dass es darum gehen muss, den zivil-militärischen Diskurs und den Diskurs innerhalb der Bundeswehr aktiv zu führen. Zivile Kontrolle heißt: Dialog zwischen beiden!